

Stand: 27.06.2025 17:26:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/5212

"Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/5212 vom 22.06.2010
2. Mitteilung 16/5232 vom 23.06.2010
3. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 23.06.2010

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen und Fraktion (SPD)**

Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Forderung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten und früheren CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, bei der Wahl des Bundespräsidenten für die Mitglieder der Bundesversammlung die Abstimmung freizugeben.

Begründung:

Wie Prof. Dr. Biedenkopf in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (17. Juni 2010) zutreffend feststellt, unterliegen die Mitglieder der Bundesversammlung keinem Fraktionszwang. Die politischen Parteien könnten für die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten werben. „Aber sie dürfen“ – so Biedenkopf – „keinen Druck auf die Mitglieder ausüben, damit sie sich ihren Empfehlungen anschließen.“

Weiter stellt Prof. Dr. Biedenkopf in dem FAZ-Beitrag richtigerweise fest: „Die breite Zustimmung in der Bevölkerung zur Kandidatur Joachim Gaucks ist nicht nur seinen allseits gerühmten Qualitäten geschuldet. Sie ist zugleich Ausdruck eines zunehmenden Misstrauens gegenüber dem umfassenden Anspruch der politischen Parteien. Dieser Anspruch wird auch in dem Versuch sichtbar, sich der Bundesversammlung für die Entscheidung ihrer machtpolitischen Fragen zu bedienen.“

Mit der Freigabe der Abstimmung würden die Parteien, wie Prof. Dr. Biedenkopf abschließend feststellt, nicht nur der Verfassung und ihrem Auftrag an die Bundesversammlung gerecht werden. „Sie gäben den Mitgliedern der Bundesversammlung auch die Möglichkeit, als freie Bürger mit dem Ergebnis ihrer Wahl vor der Öffentlichkeit zu bestehen“, so der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen.

Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/5212

Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 16/5212 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FW)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern

(Drs. 16/5209)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Beyer, Naaß und Fraktion der SPD "Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben" auf Drucksache 16/5212 zurückgezogen worden ist. Deshalb wurde im Einvernehmen mit allen Fraktionen die Redezeit auf 18 Minuten pro Fraktion verkürzt.

Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass die Fraktion der Freien Wähler zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Zur Begründung darf ich den Kollegen Peter Meyer bitten.

Peter Meyer (FW): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich jetzt sage, sind nicht meine Worte; ich zitiere: "Es geht um den größten Gesetzentwurf in der Geschichte des Bayerischen Landtags bisher." Heißt auf Deutsch, und dem stimme ich zu: Wir stehen kurz vor der Vollendung eines wichtigen Reformpakets, und das ist auch ein wichtiges Signal an und für die Beamtinnen und Beamten, für den gesamten öffentlichen Dienst.

Das wurde letzte Woche aus haushaltspolitischen Gründen innerhalb der CSU-Fraktion infrage gestellt. War das ein Sturm im Wasserglas? Das war zunächst einmal nur innerhalb der CSU; wir haben nur das Ergebnis des Krachs miterlebt. Ich weiß nicht, ob das jetzt ein Sturm im Wasserglas war. Aber wir sind gewarnt, wir sind hellhörig.

(Zuruf von der CSU)